Rechenschaftsbericht des ZRK-Sekretariats 2014

Verfasser/in: Beat Hensler, Konferenzssekretär
Corinne Troxler, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Stans, 14. März 2015

Inhaltsverzeichnis

A. Rechenschaftsbericht zuhanden der kantonalen Geschäftsberichte 2
1. Interkantonale Zusammenarbeit 2
2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz 2
3. Zentralschweizer Direktorenkonferenzen 3

B. Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des interkantonalen Kulturlastenausgleichs 5
C. Bericht über die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas 7
1. Administratives 7
2. Organisation 7
3. Hauptversammlung 7
4. Fazit 8

A. Rechenschaftsbericht zuhanden der kantonalen Geschäftsberichte

1. Interkantonale Zusammenarbeit

Die interkantonale Zusammenarbeit ist vielfältig. Sie erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich der Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Das Präsidium der Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde 2014 turnusgemäss von Regierungsrätin Yvonne Schärli, LU, übernommen. Sie löste in dieser Funktion Regierungsrat Beat Villiger, ZG, ab.

2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

2.1. Zusammenarbeitsprojekte und Neubesetzung des Sekretariates

2014 wurden rund 43 Zusammenarbeitsprojekte (vgl. Liste der Zusammenarbeitsprojekte Stand März 2015 auf www.zrk.ch/Projekte) bearbeitet, dies hauptsächlich unter der Führung der acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Nach der Wahl des bisherigen Stelleninhabers Othmar Filliger in den Regierungsrat des Kantons Nidwalden hat sich der ZRK-Ausschuss entschieden, das Sekretariat wieder mit einem Zweierteam zu besetzen, wie dies bereits früher der Fall war. Der ZRK-Ausschuss betont damit die Bedeutung der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Zentralschweiz. Beat Hensler ist der neue ZRK-Sekretär und hat seine Stelle am 1. September 2014 angetreten. Corinne Troxler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und ist seit dem 1. Dezember 2014 für das ZRK-Sekretariat tätig.

Die Website der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), www.zrk.ch, ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: Organisation, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone und Mitteilungen. Die Homepage enthält zudem einen geschützten Bereich, der nur Behördenmitgliedern zugänglich ist.

2.2. Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Unter dem Vorort des Kantons Luzern und unter der Leitung von Regierungsrätin Yvonne Schärli tagten die Zentralschweizer Kantonsregierungen und die assoziierten Regierungen von Zürich und Aargau am 16. Mai 2014 in Sursee / Oberkirch und am 27. November 2014 in Luzern. Regierungsrat Othmar Filliger löste ab Mitte 2014 Regierungsrat Hugo Kayser als Vertreter des Kantons Nidwalden im ZRK-Ausschuss ab.

Der Leistungsauftrag für den Diskriminierungsschutz und die Verabschiedung des Berichts und Antrags zur Beteiligung der Kantone am Projekt INTERREG IV waren zwei wichtige Themen der Plenarversammlungen. Zudem widmete sich die Versammlung der dem Projekt „GÄSTIVAL-200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz“ und der Expo 2027 Bodensee-Ostschweiz.

Am 19. November 2014 fand das sechste Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern statt. Im Zentrum des Treffens standen die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich der Unternehmenssteuerreform III, der Kulturbotschaft 2016 – 2019 des Bundes und des Standortes des Innovationsparks Schweiz.

3. Zentralschweizer Direktorenkonferenzen

3.1. Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) erstellt jeweils einen eigenen Tätigkeitsbericht, der unter www.bildung-z.ch/bkz öffentlich zugänglich ist. Zu den wichtigsten Geschäften des Jahres 2014 gehörte die intensive Auseinandersetzung mit dem Lehrplan 21, der Beschluss über die gemeinsame Fremdsprachenevaluation und die Verabschiedung der PHZ-Schlussbilanz zuhanden der Kantone.

Die BKZ stand 2014 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Reto Wyss, LU.

Im Rahmen des interkantonalen Kulturlastenausgleichs unterbreiteten die beiden Kantone Zürich und Luzern den Kantonen Uri, Schwyz und Aargau Ende 2014 Vorschläge für die angepassten Zusatzprotokolle. Beide Kantone erhielten positive Rückmeldungen. Betreffend eine allfällige geographische Erweiterung der Vereinbarungskantone wurden die Ostschweizer Regierungsmitglieder mit Schreiben vom 27. Mai 2014 aufgefordert, die grundsätzliche Haltung ihrer Kantonsregierungen zur Weiterentwicklung bekannt zu geben. Die Rückmeldungen wurden im Bericht vom 12. Dezember 2014 zusammengestellt.

3.2. Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

Die Umsetzung der RPG-Revision, das Projekt Gesamtsystem Bypass Luzern und die Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IHVB) bildeten die Schwerpunkte der seit 2010 von Regierungsrat Paul Federer, OW, geleiteten Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz.

3.3. Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Regierungsrat Marcel Schwerzmann, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Luzern, wurde von der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK) zu ihrem neuen Präsidenten gewählt, und übernahm das Amt vom Obwaldner Finanzdirektor Hans Wallimann am 1. April 2014. Die ZFDK steuerte die Zusammenarbeit in den Bereichen Verwaltungsweiterbildung und Informatik. Weiter koordinierte die ZFDK Anfragen für kantonale Beiträge. Schliesslich verfasste sie ein Positionspapier zur Unternehmenssteuerreform III.

3.4. Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Seit 2010 ist die Leitung der ZGSDK aufgeteilt. Im Berichtsjahr stand Regierungsrat Urs Hürlimann, ZG, dem Bereich Gesundheit (ZGDSDK-G) und Regierungsrätin Manuela Weichelt, ZG, dem Bereich Soziales (ZGSDK-S) vor. Die ZGSDK-G erteilte einen Prüfungsauftrag zur Zusammenarbeit mit der Luzerner Psychiatrie (lups) im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. Zudem setzte sie sich mit der Ebola-Epidemie sowie der hausärztlichen Ausbildung in der Zentralschweiz auseinander. Die ZGSDK-S befasste sich zusammen mit dem Tessin mit der Neustrukturierung des Asylwesens und der entsprechenden Standortprüfung der neuen Bundeszentren für die Asylregion Zentral- und Südschweiz. Zudem behandelte sie Fragen im Zusammenhang mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB).

3.5. Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Die ZKöV engagierte sich im Rahmen der eidgenössischen Abstimmungsvorlage zur Finanzierung der Bahninfrastruktur (FABI) vom 9. Februar 2014. Nach erfolgreichem Abstimmungskampf trieb die ZKöV die grossen Verkehrsprojekte, insbesondere den Durchgangstiefbahnhof Luzern und den Zimmerbergbasistunnel II voran. Schliesslich verabschiedete sie im November 2014 den Bericht über das Angebotskonzept für den Zentralschweizer Regionalverkehr zuhanden des Bundesamtes für Verkehr. Weitere Informationen finden sich unter www.vvl.ch/planung/planung-zentralschweiz .Die ZKöV steht seit 2012 unter der Leitung von Regierungsrat Niklaus Bleiker, OW.

3.6. Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Der Zuger Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Beat Villiger, übernahm am 1. Juli 2014 das Präsidium der Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK) von Esther Gasser Pfulg, Regierungsrätin des Kantons Obwalden.

Am 1. April 2014 trat die Vereinbarung über den Begleit von Ausnahmetransporte in Kraft. Im Rahmen der Vereinbarung über den Notrufüberlauf bei polizeilichen Einsatzleitzentralen wurden die Umsetzungsarbeiten für den Start des Pilotbetriebs an die Hand genommen und die Vereinbarung über die gegenseitige Redundanz der polizeilichen Einsatzleitzentralen Obwalden und Nidwalden einerseits sowie Zug und Schwyz anderseits zuhanden der betroffenen Kantone verabschiedet. Für die Kantone Ob- und Nidwalden trat sie per 1.1.2015 in Kraft. Zudem behandelte die ZPDK Fragen des WEF-Einsatzes, der Gewalt bei Sportveranstaltungen und der 1. August-Feier auf dem Rütli. Schliesslich koordinierte sie Fragen aus dem Asylbereich in Zusammenarbeit mit der ZGSDK.

3.7. Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Bereits zum vierten Mal wurde unter der Schirmherrschaft der ZUDK die Aktion Inselträume durchgeführt. Für die Organisation dieses wiederum sehr erfolgreichen Anlasses zeichneten die Kantone Ob- und Nidwalden verantwortlich. Im Städerried Alpnachstad konnten 1291 Kinder aus 72 Zentralschweizer Schulklassen und ihre Lehrpersonen den Natur- und Lebensraum spielerisch erfahren. Entsprechend dem Leistungsauftrag der ZUDK betrieben die Zentralschweizer Umweltämter verschiedene Umweltbeobachtungsnetze (Luft, Boden, NIS etc.). Weitere Informationen zum Zentralschweizer Umweltschutz finden sich auf www.umweltschutz-zentralschweiz.ch. Die ZUDK steht seit 2008 unter der Leitung von Regierungsrat Heinz Tännler, ZG.

3.8. Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Die Kandidatur der Zentralschweiz für einen Netzwerkstandort des Nationalen Innovationsparks wurde für die Startkonfiguration nicht berücksichtigt. Die ZVDK prüft nun eine direkte Anbindung der Zentralschweiz an den Hubstandort Zürich. Zudem ist eine Bewerbung als eigener Netzwerkstandort zu einem späteren Zeitpunkt weiterhin möglich. Die Aktivitäten und Dienstleistungen der Innovationsförderung werden unter dem Namen „Zentralschweiz innovativ“ gebündelt und harmonisiert und stehen allen interessierten und innovationswilligen KMU der Zentralschweiz offen. Das Jubiläum „GÄSTIVAL – 200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz“ und die INTERREG-Programmperiode V für die Jahre 2014 – 2020 waren weitere Arbeitsschwergewichte der ZVDK. Im Berichtsjahr wechselte das Präsidium der ZVDK vom Schwyzer Regierungsrat Kurt Zibung zum Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind.

Beilage

- Aktuelle Liste der Zusammenarbeitsprojekte (Stand 24. Februar 2015)

B. Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des interkantonalen Kulturlastenausgleichs

Im Sommer 2010 bezeichneten die der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 1. Juli 2003 beigetretenen Kantone Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Zug und Aargau das Sekretariat der Zentralschweizer Regierungskonferenz als Geschäftsstelle dieser Vereinbarung. Die Geschäftsstelle hat – gestützt auf Art. 7 Abs. 2 der Vereinbarung und gemäss ihrem Pflichtenheft – der ZRK-Plenarversammlung jeweils im Frühjahr einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Zweite Abrechnung

2013 erfolgte zum zweiten Mal die Berechnung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs, diesmal für die Periode 2013-2015. Sie basierte einerseits auf der Vereinbarung und andererseits auf den Erläuterungen, die die Vereinbarungskantone im Verlaufe des Frühjahrs 2013 genehmigt hatten. Indem die „Erläuterungen für die Abrechnungsperiode 2013-2015“ die einzelnen Positionen der Abrechnung erklären, den Prozess festlegen, die Methodik der Publikumserhebung definieren und die Zusatzprotokolle beinhalten, machen sie die Vereinbarung operabel. Im Verlaufe des Sommers 2013 lieferten die Standortkantone Zürich und Luzern die angeforderten Zahlen und Belege. Die von der Geschäftsstelle vorgenommenen Berechnungen und der Prüfbericht der Revisionsfirma BDO AG konnten Ende September 2013 den Kantonen zur Überprüfung zugestellt werden. Nachdem die Vereinbarungskantone ihr Einverständnis mit den vorliegenden Zahlen bestätigt hatten, konnten die Ergebnisse des Lastenausgleichs am 22. November 2013 anlässlich der 93. ZRK in Baar zunächst den Kantonsregierungen und anschliessend den Medien präsentiert werden.

2013 sah der Ausgleich – Beträge in Franken und gerundet – wie folgt aus:

Entlastung Zürich		**Entlastung Luzern**		**Belastungen**	
LU	1'463'000	ZH	1'446'000		
UR	137'000	UR	164'000	UR	301'000
SZ	1'323'000	SZ	632'000	SZ	1'955'000
OW*	41'000	OW*	364'000	OW*	405'000
NW*	123'000	NW*	877'000	NW*	1'000'000
ZG	1'753'000	ZG	848'000	ZG	2'601'000
AG	5'174'000	AG	693'000	AG	5'867'000
	10'014'000		5'024'000		
Netto	**8'568'000**	Netto	**3'561'000**		**12'129'000**

Anmerkung (*): OW und NW leisten Beiträge aufgrund eines Rahmenkredits bzw. Landratsbeschlusses

Dieser Lastenausgleich gilt auch für die Jahre 2014 und 2015. 2016 wird wiederum eine Berechnung erfolgen, die für die Periode 2016-2018 massgebend sein wird.

Ausblick:
Nachbetrachtung Publikumserhebung und weiteres Vorgehen in Sachen Zusatzprotokolle

2013 kam das neue Reglement für die Publikumserhebung vom 16. September 2011 erstmals zur Anwendung. Die Kulturämter der Standortkantone führten am 21 Januar 2014 in Luzern bzw. am 23. Januar 2014 in Zürich zusammen mit den jeweiligen Kultureinrichtungen und der Geschäftsstelle eine Nachbetrachtung der Publikumserhebung durch und prüften die Anwendung des neuen Reglements. Ergebnis: Mit dem Reglement konnten alle Beteiligten gut arbeiten. Das neue Reglement hat sich somit bewährt.

Die Zusatzprotokolle sehen mit einer Ausnahme vor, dass nach Abschluss der 2. Abgeltungsperiode über die Berechtigung und den Umfang der gewährten Reduktionen neu verhandelt wird. Das Zusatzprotokoll der Kantone Luzern und Zug enthält keine befristete Bestimmung. Vor diesem Hintergrund beschloss die Konferenz der Vereinbarungskantone am 9. Januar 2014 in Interlaken, a) die Zusatzprotokolle beizubehalten und langfristig zu vereinheitlichen sowie b) die Zusatzprotokolle Aargau-Zürich und Aargau-Luzern gemäss Vorschlag der Arbeitsgruppe zu vereinfachen, d.h. in Zukunft mit fixen Abzügen zu arbeiten (Zürich 12% und Luzern 15%).

Aufwand der Geschäftsstelle

2013 fielen auf der Geschäftsstelle 294 Arbeitsstunden an. Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen auf Fr. 63‘418.70, die sich aus Pauschale, Sachaufwand, Spesen und bewerteten Arbeitsstunden zusammensetzten.

Die Aufwendungen gehen gemäss Vertrag zur Führung der Geschäftsstelle zu Lasten der beiden Standortkantone und verteilten sich im Verhältnis der erhaltenen Ausgleichszahlungen wie folgt auf:

- Kanton Zürich: Fr. 44‘799.35
- Kanton Luzern: Fr. 18‘619.35

C. Bericht über die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas vom 26. - 28. Mai 2014 in Wroclaw (Breslau), Polen (Madeleine Meier, Koordinatorin Aussenbeziehungen des Kantons Luzern

1. Administratives

Teilnahme für die Zentralschweizer Kantone: Madeleine Meier, Koordination Aussenbeziehungen des Kantons Luzern.

Stimmrechtsübertragung der Kantone Nidwalden, Obwalden, Uri und Zug an den Kanton Luzern.

2. Organisation

Organisiert wurde die Hauptversammlung in Polen von der Region Niederschlesien mit der Hauptstadt Wroclaw (Breslau). Diese war bis zum zweiten Weltkrieg deutsch. Niederschlesien hat 2,9 Mio. Einwohner und steht in Polen an dritter Stelle in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen. Die Region ist reich an natürlichen Ressourcen wie Kupfer, Braunkohle und Gesteinsmaterialien.

Im Rahmenprogramm war eine Besichtigung der Volvo-Werke enthalten. Volvo produziert in Polen Busse und Baumaschinen: Busse für den Stadtverkehr (z.B. VBL Luzern), Busse für den Regionalverkehr sowie Reisebusse. In der Produktion im Werk Wroclaw/Breslau sind rund 900 Mitarbeitende beschäftigt. Hinzu kommen rund 600 Mitarbeitende in den Bereichen Administration, Marketing etc. Die Volvo-Gruppe verfügt über Produktionsstätten in 18 Ländern und beschäftigt weltweit rund 115'000 Mitarbeitende.

3. Hauptversammlung

An der Hauptversammlung in Wroclaw waren neben den statutarischen Geschäften die Revision der Satzung und der Geschäftsordnung, die Finanzen, das Generalsekretariat und die Verabschiedung einer Schlusserklärung die Hauptthemen.

An der vorgängigen Sitzung des Vorstands wurde als erstes der Generalsekretär fristlos entlassen. Mit Verweis auf das französische Arbeitsrecht (das Generalsekretariat befindet sich in Strassburg) wurden keine Details genannt, aber am Vorabend der Sitzung musste der Generalsekretär ein letztes Mal Stellung nehmen zu den Vorwürfen: Hohe Spesen, ungerechtfertigte Anwaltshonorare, Verträge mit Pensionskassen, Ausschreibungen/Offerten, ungenügende Bereitstellung von Unterlagen für das Tagesgeschäft usw.

Bei der Revision der Satzung und der Geschäftsordnung ergab sich eine längere Diskussion über eine missverständliche Formulierung, welche die Stellvertretung der Mitglieder mit politischem Mandat an den Sitzungen der Hauptversammlung auszuschliessen schien. Am Ende wurde eine klare Formulierung gefunden und angenommen, welche die Stellvertretung weiterhin zulässt.

Die Finanzen sind ein immer wiederkehrendes Problem bei der VRE. Die **Jahresrechnung 2013** schloss mit einem Fehlbetrag von EUR 220'784 ab, die Eigenmittel wurden aufgebraucht, so dass ein Verlustvortrag von EUR 83'961 resultiert. Die Gründe liegen einerseits in der Zahlungsmoral der Mitglieder, wobei hier die Anstrengungen der VRE etwas gebracht haben, andererseits waren mehr Austritte als Beitritte zu verzeichnen, es konnten unzureichende Ersatzmassnahmen ergriffen werden (Partnerschaften mit Unternehmen) und die Ausgaben wurden nicht angepasst.

Das **Budget 2015** ist ausgeglichen, bei Ausgaben von EUR 2'378'874. Darin enthalten ist aber erstmals der Einnahmeposten "special grant allocated by European Parliament" von EUR 150'000, jedoch ohne feste Zusicherung seitens des EU-Parlaments. Dies wurde von einigen Vertretungen zu Recht als Prinzip Hoffnung beanstandet. Es wurde auch kritisiert, man habe den Ernst der Lage nicht erkannt und müsse Leistungen abbauen. Die Vertreterin der Zentralschweiz und der Kantone Zürich/St.Gallen haben sich der Stimme enthalten.

Nach den - sich ohne Pause über fünfeinhalb Stunden hinziehenden - statutarischen Geschäften samt Berichten aus den Kommissionen und Arbeitsgruppen wurde um den Wortlaut einer politischen **Abschlusserklärung** im Nachgang zu den EU-Parlamentswahlen gerungen. Ein Streitpunkt war, ob das Verdikt der Wählerschaft direkt bedauert und kritisiert oder eher auf neutrale Weise an Werte wie Menschenrechte und die Chancengleichheit appelliert werden soll.

4. Fazit

Gestaltung und Ablauf der Veranstaltung sind als suboptimal zu bezeichnen. Zu lange Reden und Vorträge im Rahmen von Marathonsitzungen, teils mühsame und langfädige Diskussionen um Details. Zu bemerken ist, dass die Schweiz mit den Regionen der Zentralschweiz sowie den Kantonen Zürich/St.Gallen (je eine Person) vertreten war. Auffallend war, dass keine einzige deutsche Region an der Hauptversammlung teilgenommen hat. Das Gros der Teilnehmenden kam aus Skandinavien und Osteuropa. Die VRE kämpft um Mitglieder. Etliche deutsche Regionen sowie auch einige französische und der Kanton Aargau sind aus der VRE ausgetreten. Zudem ist mit der Suche nach einem neuen Generalsekretär die Führung geschwächt, wobei die türkische Präsidentin sehr engagiert ist. Bedeutung und Nutzen der VRE für die Zentralschweizer Kantone müssen als beschränkt bewertet werden. Ein genereller Nutzen kann in der Vernetzung und dem Informationsaustausch gesehen werden, da die VRE die einzige Plattform für direkte Beziehungen mit Regionen Europas darstellt.

26. Februar 2015 / Beat Hensler, Konferenzsekretär